Beilage 2.2
zur Sitzung des Werkausschusses (NüSt)
vom 10.05.2007

spd@stadt.nuernberg.de
www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de
U1, U11 Lorenzkirche
Bus 36, 46, 47 Rathaus
Rathaus
90403 Nürnberg
Tel 0911 / 231-2906
Fax 0911 / 231-3895
SPD
STADTRATSFRAKTION
NÜRNBERG

Eingegangen
28. MRZ. 2007
NürnbergStift

Referat V
22. MRZ. 2007 #17
an: WüSt
z.w.V.
Stellungnahme
Antw. vor Abs. z. K.
Antw. z. Unterschrift vor.
Kop. z. d.

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

WerkA NüSt

OBERBÜRGERMEISTER
22. MRZ. 2007 / ..... Nr. .....

V	1 Zur Kts.	3 Zur Stellungnahme
	2 Antw.	4 Antwort vor Absendung vorlegen
		5 Antwort zur Unterschrift vorlegen

An den Oberbürgermeister
der Stadt Nürnberg
Dr. Ulrich Maly
Rathaus
90403 Nürnberg

Nürnberg, 22. März 2007
Limbacher/m

Umgang mit freiheitsentziehenden Maßnahmen im NürnbergStift (NüSt)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

auf Grund der Berichterstattung in der Presse vom 22.März 2007 über die Anwendung von freiheitsentziehenden Maßnahmen in einer Einrichtung des NüSt und das dortige Betriebsklima bittet die SPD-Stadtratsfraktion um einen Bericht im Werkausschuss.

Wenn ein verantwortlicher Heimleiter erklärt „völlig ausgebrannt und kaputt zu sein", werten wir diese Aussage als einen alarmierenden Hilferuf, der eventuell auch die Arbeitssituation vieler PflegemitarbeiterInnen charakterisiert.
Da die Zufriedenheit der BewohnerInnen und Angehörigen auch von der Motivation des Personals und der Gestaltung eines guten Betriebsklimas abhängt, muss alles getan werden, um die Qualifikation und die Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen zu verbessern.
Deshalb fordert die SPD-Stadtratsfraktion im nächsten Werkausschuss folgenden

Bericht:

1. Gibt es verbindliche Standards und Leitlinien für alle MitarbeiterInnen bei der Durchführung freiheitsentziehender Maßnahmen?
2. Wann werden die Maßnahmen angeordnet und wie häufig?
3. Gibt es für den Einsatz und die Vergabe von Psychopharmaka eindeutige Richtlinien?
4. Wurden die aktuellen Erkenntnisse der Sturzprophylaxe umgesetzt, um Fixierungen nur im äußersten Notfall einzusetzen?
5. Finden regelmäßig anlassfreie Mitarbeitergespräche statt?
6. Werden den MitarbeiterInnen in der Pflege unterstützende Angebote wie Supervision und Coaching angeboten?
7. Anknüpfend an die Berichterstattung über eine wissenschaftliche Untersuchung in Bayern über die Zahlen der freiheitsentziehenden Maßnahmen bitten wir um Darstellung, wie die Situation in Nürnberg eingeschätzt wird und inwieweit Erkenntnisse des Medizinischen Dienstes darüber vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Gebhard Schönfelder
Vorsitzender

Stadtratsfraktion Nürnberg SPD